

Antragstitel: Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen im LMU-Skandal!

Antragsteller: Lucas Kalinowski, Moritz Marschall, Maximilian Wiegand

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die LHG München setzt sich für die lückenlose Aufklärung des LMU-Skandals ein. Mit transparenten
- 2 Regeln soll in Zukunft eine derartige Verschwendung öffentlicher Gelder verhindert werden. Darüber
- 3 hinaus fordern wir ein klares Bekenntnis dazu, dass Fehler gemacht wurden. Dienstrechtliche
- 4 Konsequenzen und Rücktritte der beteiligten Personen halten wir für angemessen.

Begründung:

Mit Gruppenreisen nach Venedig, dem Buchen von Flügen und Wassertaxis im Zusammenhang mit Fortbildungen (hier wurde die Hälfte des Budgets für die genannten Transportmittel ausgegeben) und anderweitiger Verschwendung öffentlicher Gelder wurde die LMU in diesem Jahr konfrontiert. Insgesamt handelt es sich hierbei um 64.000 €.

Der ORH hat die Verhältnismäßigkeit dieser Ausgaben bereits kritisiert. Auch sieht dieser das Vorgehen des Universitätspräsidenten, Bernd Huber, kritisch. Nachdem dienstliche Kreditkarten für private Überweisungen benutzt wurden, hat Huber diese Auslagen laut eigener Aussage zurücküberwiesen.

In einer Stellungnahme vom 04.08.2020 seitens der LMU heißt es: „Auch von Verschwendung kann hier keine Rede sein, ganz im Gegenteil: Die LMU geht sorgsam mit öffentlichen Geldern um, und in den Fakultäten wird unter schwierigen Rahmenbedingungen Hervorragendes geleistet, wie gerade das abgelaufene Sommersemester wieder gezeigt hat.“

Weiter geht die LMU davon aus, dass die Abbuchungen und Zahlungsmodalitäten im Einklang mit dem bayerischen Reisekostenrecht stehen würden.

Nachdem das Verhalten der Universität und ihrer Verantwortlichen vielseitig kritisiert wurde (siehe hierzu: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-lmu-ffaere-heubisch-1.5090032>) wies das Wissenschaftsministerium die LMU an, Maßnahmen zu ergreifen. Auch das Ministerium spricht klar von der Verschwendung öffentlicher Gelder.

Als Reaktion hierauf hat die LMU eine interne Stabsstelle eingerichtet. Diese hat die Prüfung der Ausgaben genehmigt, darüber hinaus aber keine weiteren Maßnahmen getroffen.

Quellen:

- <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-lmu-ermittlungen-landesanwaltschaft-lhg>
- https://www.uni-muenchen.de/aktuelles/news/2020/orh_stellungnahme.html
- <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-lmu-verschwendung-rechnungshof-sibler-1.5084531>
- https://www.focus.de/fnanzen/dahinter-steckt-ein-beschaefigter-64-000-euro-taxikosten-und-fortbildung-in-venedig-rechnungshof-ruegt-muenchner-uni_id_12291829.html